

Ein Appell an die Christen in diesem Land

Statt sich zur Coronakrise eine eigene Meinung zu bilden, folgen viele Gemeinden in einem geradezu schlafwandlerischen Kurs unkritisch den Vorgaben der Regierung – oft in blindem Vertrauen auf eine Obrigkeit, von der Jesus doch gesagt hat: „Ihr wisst, die als Herrscher gelten, halten ihre Völker nieder, und ihre Mächtigen tun ihnen Gewalt an.“ (Markus 10,42)

Tragischerweise haben es viele Gemeindeführer versäumt, sich mit epidemiologischen, statistischen und gesellschaftspolitischen Themen zu beschäftigen. Statt auf die brennenden Fragen ihrer Gemeinde eigene Antworten zu finden, halten sie sich lieber an das Narrativ der Regierung. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass man der sich ausbreitenden Unruhe unter den Gläubigen mit der Ermahnung aus Römer 13 begegnet, man müsse der Obrigkeit untertan sein.

Ich halte diese Sichtweise für verkürzt. Die folgenden Punkte mögen dem Leser zu einem etwas differenzierteren Verständnis verhelfen:

- Auf den ersten Blick wirkt Römer 13,1 wie ein Hammerschlag: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat“. Doch im Kontext der Abfassungszeit – Nero ist gerade römischer Kaiser – handelt es sich hier in erster Linie um einen nüchtern formulierten Aufruf, sich nicht gegen das Römische Imperium zu stellen. Dieser und die folgenden Verse sind also zuallererst situativ zu deuten: Liebe Gemeinde in Rom, lasst euch nicht von den notorisch rebellischen Juden aus eurer Nachbarschaft in einen Aufruhr hineinziehen!
- Wer sich zur Zeit von Paulus gegen die Staatsmacht erhob, geriet sofort und unmittelbar in einen Konflikt mit einem Regime, das nicht zögerte, kurzen Prozess zu machen. Heute aber leben wir in ganz anderen Strukturen, die ein „Aufbegehren“ (ich setze das bewusst in Anführungszeichen) straffrei ermöglichen. Wir dürfen uns glücklich schätzen über ein Demonstrationsrecht, das es uns ausdrücklich erlaubt, gegen staatliche Maßnahmen, die wir als Willkür empfinden, auf die Straße zu gehen. Es gibt sogar eine Ultima Ratio-Klausel in unserem Grundgesetz: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ (Art. 20 Abs. 4 GG)
- Derzeit erleben wir, wie unsere Demokratie quasi von außen gekapert wird. Es gibt starke Strömungen auf globaler Ebene, die die nationale Souveränität beschneiden wollen. Das Handbuch dazu hat uns Professor Klaus Schwab, der Begründer des Weltwirtschaftsforums, in seinem Werk „Covid-19: Der große Umbruch“ bereits geliefert. Schon der Titel des Buches macht deutlich, worum es eigentlich geht: Covid-19 dient (neben dem „Klimaschutz“) als ein weiteres Vehikel, mit dem die Gesellschaften dieser Welt nach den Vorstellungen einer kleinen Elite umgebaut werden sollen. Wenn wir daher als Christen unsere Stimme erheben, dann tun wir das nicht aus einem Geist der Rebellion heraus. In einem demokratisch verfassten Staat haben wir sogar die Pflicht, unsere freiheitliche Grundordnung zu verteidigen. Wir weigern uns, der fortschreitenden Auflösung von Strukturen, die uns die letzten 70 Jahre sehr gut vor einer Diktatur zu schützen vermochten, passiv zuzusehen. Letztendlich geht es darum, unser Land im Kampf gegen einen drohenden globalen

Ein Appell an die Christen in diesem Land

Totalitarismus zu unterstützen – bestenfalls in Kooperation mit unserer Regierung und schlechtestenfalls auch gegen ihren Willen.

- Wie ein ausgewogenes Verständnis von Römer 13 aussehen kann, hat die Grace Community Church auf ihrer Webseite so formuliert:¹ „Während jedoch die zivile Regierung mit göttlicher Autorität ausgestattet ist, um den Staat zu regieren, gewährt keiner dieser Texte (noch irgendein anderer) den zivilen Machthabern die Jurisdiktion über die Kirche. Gott hat innerhalb der menschlichen Gesellschaft drei Institutionen geschaffen: die Familie, den Staat und die Kirche. Jede Institution hat einen Bereich der Autorität mit Grenzen der Rechtsprechung, die respektiert werden müssen. Die Autorität eines Vaters ist auf seine eigene Familie beschränkt. Die Autorität der Kirchenleiter (die ihnen von Christus übertragen wurde) ist auf kirchliche Angelegenheiten beschränkt. Und die Regierung ist speziell mit der Aufsicht und dem Schutz des bürgerlichen Friedens und Wohlergehens innerhalb der Grenzen einer Nation oder Gemeinde beauftragt. Gott hat den bürgerlichen Machthabern keine Autorität über die Lehre, Praxis oder Ordnung der Kirche verliehen.“

Dass in unserem Land Römer 13 dazu benutzt wird, um zweifelhafte, oft sogar schädliche Maßnahmen der Obrigkeit zu rechtfertigen, betrübt mich zutiefst. Viele Ortsgemeinden haben sich in blindem Vertrauen auf staatliche Vorgaben durch Registrierungspflicht, Teilnehmerbegrenzung, Maskenzwang, Abstandsregeln, Gesangsverbot und Entfall des Abendmahls so weit selbst skelettiert, dass „das Wachstum des Leibes zur Auferbauung seiner selbst in Liebe“ (Epheser 4,16) massiv gestört wird. Nach meinem Empfinden kann niemand diese Situation klaglos hinnehmen – es sei denn, es hat den Gottesdiensten schon vor der „Pandemie“ an echten mit dem Heiligen Geist erfüllten Inhalten gefehlt.

Andererseits denke ich, dass viele Geschwister unter den Einschränkungen ernsthaft leiden. Sich damit abzufinden oder daraus „das Beste machen“ zu wollen, halte ich für falsch. Geistliche Befreiung beginnt mit Gebet. Wir sollten einzeln und gemeinsam darum ringen, wie wir im Jahr 2021 wieder handlungsfähig werden. Wie das konkret aussehen soll, muss jede Gemeinde für sich herausfinden. Eine Option könnte es sein, die Flucht nach vorn anzutreten und in der Öffentlichkeit als „Lichter in der Welt“ (Philipper 2,15) in „Erscheinung“ (im eigentlichen Sinne des Wortes) zu treten. Statt sich von Hygienekonzepten und Abstandsregeln in den Gemeinderäumen gängeln zu lassen, könnten wir kurzerhand unsere Gottesdienste auf die Straße verlegen. Wem das zu radikal erscheint, dem sei in Erinnerung gerufen: Die Bergpredigt wurde, wie der Name schon sagt, auch nicht in einem Gebäude gehalten. Und als Paulus in Athen weilte, besuchte er nicht nur die Synagogen, sondern diskutierte „auf dem Markt an jedem Tag mit denen, die gerade herbeikamen“ (Apostelgeschichte 17,17). Allein solch ein Schritt würde der Obrigkeit schon deutlich zu verstehen geben, dass Christen übergriffiges Verhalten von Seiten des Staates nicht einfach so hinnehmen.

Michael Schuch

Januar 2021

Email: michael.schuch@kabelbw.de

1 <https://www.gracechurch.org/news/posts/1988>